

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

gestatten Sie mir der Aktualität halber zunächst einen kurzen Blick nach England, wo am Wochenende vorgezogene Parlamentswahlen stattfanden, die konservative Regierungspartei um Premierministerin Theresa May an den Rand einer Niederlage brachte. Als Theresa May im April vorgezogene Neuwahlen verkündete, befanden sich die Konservativen im absoluten Umfragehoch. Bis zu 20% lagen sie vor Labour mit dem Oppositionsführer Jeremy Corbyn.

Am Ende des Wahltages liegen die Tories nun bei 42,4% und Labour bei 40%. Denkbar knapp, wobei die Premierministerin die absolute Mehrheit verlor. Inhaltlich setzten die Sozialdemokraten in Großbritannien auf ein klassisch linkes Programm, in dessen Mittelpunkt die soziale Gerechtigkeit stand. Für mich ein Indiz dafür, dass eben dieses Thema brandaktuell ist – ob in England, in Frankreich oder auch bei uns in der Bundesrepublik.

Umso irritierter war ich, als ich am vergangenen Mittwoch im Wiesbadener Kurier dann die Ansichten von Prof. Michael Hüther – seines Zeichens Chef des Instituts der Deutschen Wirtschaft - lesen durfte. Hüther glaubt, dass soziale Gerechtigkeit nur eine untergeordnete Rolle spiele. Den Deutschen gehe es schließlich gut und er sei sich nicht sicher, ob Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen auf der Tagesordnung blieben. Zitat: „Misstände zu beschreiben, wo keine jetzt so richtig sind, ist auch schwierig“.

Dieser Ansicht möchte ich entgegenen, dass in unserem schönen und vermeintlich reichen Wiesbaden jedes vierte Kind in Armut aufwächst. Allein diese Tatsache ist für mich schon Misstand genug!

Und trotz all unserer Bemühung haben wir in Wiesbaden einen hohen Anteil an Leistungsbeziehern, so genannte Hartz-IV-Empfänger auch wenn wir eine gute Vermittlungsquote in den Arbeitsmarkt vorweisen können. Aber obwohl wir gerade im sozialen Bereich unwahrscheinlich viel für die Menschen in unserer Stadt tun, haben auch in Wiesbaden nicht alle Bürgerinnen und Bürger die geglichen Chancen und Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an Bildung, Ausbildung und Arbeit.

Und wenn man mal genauer hinschaut, ist das auch kein Wunder. Betrachten wir als erstes den Faktor Wohnen: Bezahlbarer Wohnraum ist **die** Mammutaufgabe der nächsten Jahrzehnte.

Städte wie Wiesbaden leiden unter dem hohen Mietniveau. Wir brauchen öffentlichen Wohnungsbau, in der Stadt und auch auf Landesebene, um Einfluss auf das Mietniveau nehmen zu können. Die notwendigen Mittel müssen auch durch Unterstützung des Bundes kommen. Deshalb muss zum Beispiel das Wohngeld regelmäßig angepasst werden und auch beim BaFög braucht es standortabhängige Mietzuschüsse anstatt pauschale Zahlungen. Und letztlich muss die Mietpreisbremse in ihrer Wirkung verbessert werden.

Mieten von 10, 11 oder 12 Euro kalt pro Quadratmeter sind in Wiesbaden keine Seltenheit. Bei Neubauten sogar deutlich darüber. Familien, die mehr als 1/3 ihres Einkommens für Mieten ausgeben, sind an der Tagesordnung. Jeder Euro, der jedoch in Familien mit kleinen und mittleren Einkommen nicht für Miete ausgegeben werden muss, stärkt aber die Binnenkonjunktur und ermöglicht mehr Spielräume zur privaten Vorsorge, mal ganz abgesehen davon, dass sich dies sehr wahrscheinlich auch positiv auf die Entwicklung der Kinder auswirken dürfte.

Ein weiteres ganz wichtiges Thema war und ist mir der Mindestlohn. Was zunächst nach einem Kampf gegen Windmühlen schien, konnte gegen große Widerstände dank der SPD eingeführt werden.

Mit dem Mindestlohn wurde das Gehalt von 3,7 Millionen Menschen im Durchschnitt um 18% erhöht. Dem Lohndumping nach unten wurden klare Grenzen gesetzt und aus Minijobs werden wieder reguläre Beschäftigungsverhältnisse. Insgesamt gibt es 750.000 zusätzliche sozialver-

sicherungspflichtige Beschäftigte als vor Einführung des Mindestlohns – allein das ist ein Erfolg! erinnert sich noch jemand an die Horrorgeschichten von der „Jobvernichtungsmaschine Mindestlohn“?

Zudem wurde die Binnennachfrage in Deutschland gestärkt, da die höheren Einkommen direkt in den Konsum gehen und nicht in die Sparquote. Dies wiederum stärkt die Wirtschaft. Gleichzeitig sinken die Kosten für ergänzende Sozialhilfe, da die Menschen nun häufiger für sich selbst sorgen können.

Konkret bedeutet all dies, dass der Paketdienstfahrer, der die im Internet bestellten Artikel zustellt vorher mit 6€ pro Stunde abgespeist wurde und durch den Mindestlohn nun 30% mehr verdient. Für meine Begriffe aber ist der Mindestlohn noch immer zu niedrig. Soeben sprach ich vom hohen Mietniveau in Großstädten zumal viele Familien ohnehin Probleme haben, ihr Auskommen zu finden. Deshalb sind Entlastungen bei Sozialabgaben und höhere Steuerfrei-beträge sowie die Abschaffung der Kitagebühren notwendig.

Ein mir ebenso wichtiger Punkt, ist das Thema Rente. Die Bundes-SPD hat gerade erst letzte Woche ihr Rentenkonzept vorgestellt und dabei deutlich gemacht, dass es nicht sein darf, dass Menschen, die Jahrzehnte lang gearbeitet haben, im Alter zum Sozialamt müssen. Daher soll eine gesetzliche Solidarrente den Wert der Arbeit im Alter erhalten. Zudem ist es dringend an der Zeit das Absinken des Rentenniveaus endlich zu stoppen. Die SPD will mit einem garantierten Rentenniveau von mindestens 48% die Würde im Alter durch verlässliche Leistungen sichern. Ich persönlich will mich für ein garantiertes Rentenniveau von 50% einsetzen. Zunehmend nehme ich nicht selbstverschuldete Altersarmut – in Wiesbaden – wahr. Ich erfahre davon an den Haustüren, erlebe es aber auch im persönlichen Umfeld. Das ist bitter!

Ich will nicht, dass daraus ein Teufelskreis entsteht. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die heute junge Generation sich auf eine würdige Rente verlassen kann. Und zu guter Letzt darf und wird es mit der SPD keine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters geben – sonst haben die Menschen nämlich irgendwann auch nichts mehr vom wohlverdienten Ruhestand.

Vorhin sprach ich von den Aussagen des Herrn Hüther, der ja sinngemäß feststellt, dass es der Republik so gut geht wie nie zuvor. Nun, es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es der Wirtschaft im Allgemeinen gut geht, die Arbeitslosenquote gesunken ist und die Steuereinnahmen sprudeln. Das wiederum führt zu Haushaltsüberschüssen auf allen Ebenen. Abstrakt diskutiert man dann in Berlin diverse Möglichkeiten. Steuerentlastungen für die, die gerade nicht darauf angewiesen wären. Sparen und Rücklagen bilden für schlechte Zeiten. Wäre es da von Bundeseite aus nicht sinnvoller, die Kommunen und damit die Lebensqualität der Menschen vor Ort finanziell stärker zu unterstützen?

Da denke ich an so manche Zustände der öffentlichen Infrastruktur hier vor Ort. Schulen, Sportstätten, Bürgerhäuser, Straßen. Anfang des Jahres musste die Elly-Heuss-Schule zwischenzeitlich geschlossen werden, weil die Heizung ausfiel. So manche Sporthalle ist in einem desolaten Zustand. Insbesondere die älteren Bürgerhäuser sind mitunter längst nicht mehr bedarfsgerecht und zeitgemäß. Dieses Haus hier ist dabei sicher die Ausnahme, aber auch hier vergingen vom Beschluss bis zur Eröffnung 30 Jahre und mehr.

Ich verstehe die Möglichkeit zur sozialen Teilhabe als wichtigen Bestandteil sozialer Integration. Ich sage bewusst „soziale Integration“.

Denn Integration bedeutet für mich längst nicht mehr nur Passwesen. Und soziale Integration geschieht in erster Linie dort, wo Menschen aufeinandertreffen, zusammenkommen. In den Schulen, den Kitas, in Kinder- und Eltern Zentren, in Bürgerhäusern und Sportstätten, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Sozialdemokratische Finanzpolitik bedeutet für mich definitiv nicht unbedingt Schulden zu machen und das Geld aus dem Fenster zu werfen. Nein, ich bin ein Verfechter solider Finanzen und des ordentlichen Haushaltens. Aber jetzt, wo uns Geld zur Verfügung steht, wäre es doch ein falsches Signal Rücklagen zu bilden oder die zu entlasten, die es gar nicht nötig haben.

Lange genug mussten wir uns den Hemmschuh anziehen und mit ansehen, wie Dinge, die uns am Herzen liegen, leiden mussten. Entweder war gar kein Geld da oder schlicht zu wenig. In Zeiten niedriger Zinsen erst recht nicht nachvollziehbar für meine Begriffe. Auch wenn Geld längst nicht alles ist, wollen unsere Ideen dennoch finanziert sein. Wir müssen jetzt in die öffentliche Infrastruktur investieren. Zustände, wie geschlossene Schulen wegen defekter Heizungsanlagen, geschlossene Sporthallen wegen enormer Dachschäden, marode Bürgerhäuser oder nicht ausreichende Mittel für die sozialen Einrichtungen, will ich nicht akzeptieren! Das können, das müssen wir ändern! Das heißt für mich soziale Gerechtigkeit bzw. Verteilungsgerechtigkeit für unsere Stadt!

Und ich glaube, diese Ansicht ist weder antiquiert, noch altbacken. Dass hieße doch im Umkehrschluss; die Lebensqualität der Menschen vor Ort in den Kommunen ist nicht ganz so wichtig.

Für mich ist es das ganz sicher nicht! Ich bin überzeugt davon, dass auch unserer schönen und lebenswerten Stadt ein etwas sozialeres Antlitz gut anstehen würde.

Mit ihrer und eurer Unterstützung bin ich bereit, mich in Berlin für die Belange der Menschen unserer Heimatstadt einzusetzen und starkzumachen. Und zwar so wie Sie es und Ihr es von mir kennt: sozial, klar und deutlich!